



International Press Service.....

Ressort: Mixed News

Russischer Botschafter fordert Dialog

Berlin, 27.08.2026 [ENA]

Der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, hat in einem am 25. August 2026 veröffentlichten Interview mit RT DE die gegenwärtige deutsche und europäische Russlandpolitik scharf kritisiert. Nach seiner Darstellung habe Berlin die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Moskau weitgehend beendet und verfolge das Ziel, Russland eine „strategische Niederlage“ zuzufügen.

Netschajew erklärte, Russland habe weder Deutschland noch andere westliche Staaten angegriffen oder entsprechende Kriegspläne verfolgt. Die Verschlechterung der bilateralen Beziehungen führt er vor allem auf Entscheidungen der Bundesregierung sowie auf die Politik der NATO und der Europäischen Union zurück. Dabei verwies er unter anderem auf die NATO-Osterweiterung, Sanktionen gegen Russland und die Unterstützung der Ukraine mit Waffen und finanziellen Mitteln.

Auch den Umgang Deutschlands mit der gemeinsamen Geschichte kritisierte der Botschafter. Russische Vertreter würden nach seinen Angaben zunehmend von Gedenkveranstaltungen ausgeschlossen. Als Beispiel nannte er Veranstaltungen zum 9. Mai an sowjetischen Ehrenmalen in Berlin. Netschajew warf deutschen Behörden zudem vor, die sowjetischen Opfer und den Beitrag der Sowjetunion zur Niederlage des Nationalsozialismus zunehmend weniger zu berücksichtigen. Russland werde sich nach seinen Worten weiterhin an Gedenkveranstaltungen beteiligen, zu denen Vertreter der Botschaft eingeladen würden.

Mit Blick auf die Entwicklung seit dem Ende der Sowjetunion bezeichnete Netschajew die damalige russische Politik gegenüber den westlichen Staaten als zu vertrauensvoll. Russland habe unter anderem der deutschen Wiedervereinigung zugestimmt und seine Truppen vergleichsweise schnell aus Deutschland und anderen mittel- und osteuropäischen Staaten abgezogen. Im Gegenzug habe der Westen aus russischer Sicht die NATO schrittweise nach Osten ausgedehnt.

Ein besonderes Misstrauen richtet sich nach Angaben des Botschafters gegen die europäischen Staaten. Netschajew warf ihnen vor, den Minsker Prozess nicht ernsthaft umgesetzt und die Ukraine währenddessen militärisch unterstützt zu haben. Auch die von Russland behauptete Verhinderung der sogenannten Istanbul Vereinbarungen durch europäische Regierungen führte er als Grund für das fehlende Vertrauen an. Den Vereinigten Staaten bescheinigte er dagegen zumindest ein erkennbares Interesse an einer Lösung des Ukraine-Konflikts und verwies auf Gespräche zwischen den Außenministern beider Länder.

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

Trotz der politischen Spannungen hält Russland nach Aussage Netschajews an seiner Mitarbeit in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen fest. Das Problem sieht er weniger in diesen Institutionen selbst als in dem Versuch westlicher Staaten, ihre eigenen politischen Vorstellungen international durchzusetzen. Der Botschafter vertritt die Auffassung, dass westliche Staaten inzwischen nicht mehr allein über die globale politische, wirtschaftliche und humanitäre Agenda bestimmen könnten.

Auch die Ermittlungen zu den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines sprach Netschajew an. Er geht nach eigenen Angaben von einer Beteiligung staatlicher ukrainischer Stellen aus und bezweifelt, dass eine solche Operation ohne weitere Unterstützung hätte durchgeführt werden können. Russland fordere deshalb weiterhin eine vollständige Aufklärung der Urheberchaft und der Auftraggeber. Diese Darstellung gab Netschajew als Position der russischen Seite wieder.

Die gegen Russland verhängten Sanktionen hätten nach Einschätzung des Botschafters zwar Auswirkungen auf die russische Wirtschaft, gleichzeitig habe Russland seine Handelsbeziehungen neu ausgerichtet und die heimische Produktion gestärkt. Die Folgen der Sanktionen träfen aus seiner Sicht jedoch auch die westlichen Volkswirtschaften. Besonders Deutschland habe durch den Abbau der Energie- und Wirtschaftsbeziehungen zu Russland Nachteile erlitten. Netschajew zufolge bemühten sich zahlreiche deutsche Unternehmen dennoch darum, ihre Aktivitäten auf dem russischen Markt nicht vollständig aufzugeben.

Zur Arbeit der russischen Botschaft in Deutschland sagte Netschajew, die diplomatischen Möglichkeiten seien derzeit eingeschränkt. Mehrere Dialogformate seien eingestellt worden, zudem sei die Arbeit von vier der fünf russischen Generalkonsulate in Deutschland beendet worden. Die Botschaft nutze deshalb weiterhin Interviews, öffentliche Veranstaltungen und digitale Angebote, um die russische Position zu vermitteln. Nach seinen Angaben bestehe die Bereitschaft, mit allen deutschen politischen Kräften zu sprechen, die an einem solchen Austausch interessiert seien.

Zum Abschluss äußerte Netschajew die Hoffnung auf eine spätere Veränderung der deutschen Politik. Berlin solle sich nach seiner Auffassung nicht auf einen möglichen Konflikt mit Russland vorbereiten, sondern auf Gespräche über die künftige Sicherheitsordnung Europas. Ohne Russland sei eine solche Diskussion aus seiner Sicht nicht möglich.

Bericht online lesen: https://freipresse.en-a.de/mixed_news/russischer_botschafter_fordert_dialog-94316/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Oliver Klas

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.